

Unternehmen (Konzessionsinhaber)	Ort/Datum
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Postfach	Postleitzahl, Ort (für Postfach)

Anschrift Aufgabenträger 	weitere Anträge wurden gestellt bei (Aufgabenträger): <input type="checkbox"/> s. anliegenden Verteiler <input type="checkbox"/> laut Verteilungsschlüssel <input type="checkbox"/> von diesem abweichend wurde nicht beantragt bei
--	--

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
 ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW
 - Grundantrag Fahrzeugförderung -
 Förderjahr _____**

Auskunft erteilt (Name)	Kto.-Nr.	Telefax-Nr.
Name und Sitz des Kreditinstituts	Bankleitzahl	Telefon-Nr.

A. Förderung von Kraftomnibussen

1. Anzahl von neuen oder neuwertigen Fahrzeugen - 2-Achser (10 bis 13,5m-Kategorie) - 3- oder 4-Achser (bis 15m Länge) - Gelenkbusse - Midibusse (7 bis 10m-Kategorie) - Kleinbusse (bis 7m Länge) - Doppeldecker (bis 15m Länge)	<table border="1"> <tr> <td>Anzahl</td> </tr> <tr> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> </tr> </table>	Anzahl						
Anzahl								

2. Ergänzende Angaben

2.1 Beschaffung/ Kauf

_____ neuer Fahrzeuge

Anzahl

_____ neuwertiger Fahrzeuge, die nicht älter als sechs Monate (seit der Erstzulassung) sind,

Anzahl

nur auf den Fahrzeughersteller zugelassen waren und eine Laufleistung von maximal 25.000 km aufweisen

Es wird **versichert**, dass die zur Beschaffung vorgesehenen Fahrzeuge dem **Kriterienkatalog** der **Anlage 5** der Satzung des Kreises Kleve zur Verwendung der Mittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW entsprechen.

Anzahl Busse	Herstellerbezeichnung des Fahrzeugs	Netto-Kaufpreis je Fahrzeug

Das Verkehrsunternehmen ist zum Vorsteuerabzug

berechtigt (Beträge exkl. MwSt.)

nicht berechtigt (Beträge inkl. MwSt.)

Eine entsprechende Bescheinigung des Finanzamtes ist beigefügt.

2.4 Geplanter Beschaffungszeitraum

--

Der Antragssteller **erklärt**, dass die Lieferung der Fahrzeuge **nicht** vor Beginn des Bewilligungszeitraumes erfolgt.
Der Antragssteller **erklärt**, dass die Bestellung der Fahrzeuge **nicht** vor Erhalt der Eingangsbestätigung hinsichtlich dieses Antrags erfolgt.

Hinweis: Die Möglichkeit der Bestellung der Fahrzeuge vor Bewilligung der Leistung begründet keinen Rechtsanspruch auf Bewilligung der beantragten Förderung, weder dem Grunde nach noch in bestimmter Höhe.

3. Jahresleistungen im Linien- und Sonderverkehr

Ist das antragsstellende Unternehmen auf dem Gebiet mehrerer Aufgabenträger tätig?

Ja

Nein

Die **fahrplanmäßig erbrachten Jahresleistungen** im Linienverkehr **gemäß § 42 PBefG und § 43 Nr. 2 PBefG** belaufen sich für den Antragsteller im maßgeblichen Kalenderjahr (Vorjahr des Antragsjahres) _____ auf die folgenden Wagen-km und Wagen-Std (vgl. Anlage "Verteilungsschlüssel")

Basisjahr	Wagen-km	Wagen-Std.

Berücksichtigt werden auch regelmäßige Einsatzfahrten, Verstärkungsfahrten und Zusatzangebote, die nachfragebedingt nachweisbar durchgeführt wurden.

Finanzierungsplan

Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit des Ausgaben (Kassenwirksamkeit):			
	Förderjahr	Folgejahr	Bemerkungen
Gesamtkosten			ohne öffentliche Förderung!
Eigenanteil			
Leistungen Dritter			

4. Subunternehmer

Der Antragssteller **versichert**, dass er **Genehmigungsinhaber oder Betriebsführer** im Gebiet des Antragsempfängers ist.

Wird der Förderungsantrag für einen Subunternehmer (Auftragsunternehmer) gestellt?

Ja

Nein

Falls "Ja", bitte die folgenden Angaben ausfüllen:

Auftragsunternehmer	Ort/Datum
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Postfach	Postleitzahl, Ort (für Postfach)

B. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- ihm die Satzung zur Fahrzeug-/Ausstattungsförderung bekannt ist, von ihm beachtet und akzeptiert werden,
- die im Antrag einschließlich aller Antragsunterlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- er hiermit den Vertretern des Antragsempfängers, für den Fall der Gewährung von Leistungen nach diesem Antrag, zur stichprobenhaften Überprüfung der geförderten Fahrzeuge, ein Zugangsrecht zu seinen Betriebs-einrichtungen gewährt.

Der Antragsteller erklärt ferner, dass

- Zuwendungen Dritter nicht beantragt werden, bzw. ihm nicht zufließen, **oder**
- Zuwendungen zu den beantragten Maßnahmen auch bei folgenden Aufgabenträgern beantragt werden oder wurden:

Der Antragsteller erklärt, dass das/die geförderte(n) Fahrzeug(e) für die Dauer ihrer Zweckbindung den Vorgaben der Ziffer 6 der Satzung des Kreises Kleve zur Fahrzeug-/Ausstattungsförderung genügen.

Der Antragssteller erklärt, dass er die Zahlung nicht eingestellt hat und über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. er keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben hat. Er verpflichtet sich, ein unmittelbar bevorstehendes Insolvenzverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen.

Dem Antragssteller ist bekannt, dass er die Zuwendungen innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung entsprechend dem Verwendungszweck verwenden muss (Ziffern 7.2, 8.2.5 und 8.6 VV zu § 44 LHO). Andernfalls kann die Zuwendung zuzüglich Zinsen zurückgefordert werden.

Ort/Datum	rechtverbindliche Unterschrift/en
Name/n des/der Unterzeichner/s	

Mit dem Grundantrag vorzulegende Anlagen und Unterlagen

- | | |
|--|---|
| 1. Erklärung subventionserhebliche Tatsachen | 4. Bilanzen einschl. Gewinn- und Verlustrechnung der dem Förderjahr |
| 2. Verteilungsschlüssel der bei allen | vorausgehenden zwei Jahre |
| Aufgabenträgern erbrachten | 5. Konzession oder Nachweis der Betriebsführerschaft |
| Betriebsleistungen des Vorjahres | 6. Angebotsbeschreibungen für alle Neufahrzeuge/neuwertigen Fahrzeuge |
| 3. Verzeichnis des Fahrzeugbestandes | einschließlich der gemeinwirtschaftlichen Ausstattungsmerkmale |
| | 7. Evtl. Vereinbarung zwischen Antragssteller und Auftragsunternehmer über die |
| | Sicherstellung der Einhaltung der Förderbedingungen |

Zu den Ziffern 1-3 wird ein Vordruck zur Verfügung gestellt.

Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen

im Zusammenhang mit der
Gewährung einer Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 OPNVG NRW

Verkehrsunternehmen: _____

Mir/Uns ist bekannt, dass die beantragten Landeszuwendungen Subventionen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch -StGB- sind (§ 1 Landessubventionsgesetz -SVG NW - vom 24. März 1977 i.V.m. § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz -SubvG- vom 29. Juli 1976, BGBl. I S. 2034, 2037).

Ich/Wir habe/n von diesen gesetzlichen Bestimmungen Kenntnis genommen und ich bin mir/wir sind uns der Strafbarkeit des Subventionsbetruges bewusst.

Mir/Uns ist bekannt, dass zu den subventionserheblichen Tatsachen insbesondere solche gehören

- die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind (alle Angaben im Antrag, in den Anlagen sowie in den beigefügten sonstigen Unterlagen),
- die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans, etwaiger Übersichten und Überleitungsrechnungen sind,
- von denen nach Verwaltungsverfahrenrecht (§§ 43, 44, 48, 49 VwVfG NW), nach Haushaltsrecht (§ 8 Haushaltsgesetz NW, § 44 Landeshaushaltsordnung) oder nach anderen Rechtsvorschriften die Rückzahlung der Zuwendung abhängig ist,
- die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung beschafften Gegenstandes beziehen (§ 3 Abs. 2 SubvG),
- ferner solche Sachverhalte, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sollen sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG),
- die sich auf die Herausgabe von Subventionsvorteilen beziehen (§ 5 SubvG),
- die Verwaltungsvorschriften zu § 44 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung und die Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid.

Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet sind, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteiles entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteiles erheblich sind (§ 3 Abs. 1 SubvG).

Mir/Uns ist bekannt, dass nach den Voraussetzungen des § 264 StGB bestraft werden kann, wer vorsätzlich oder leichtfertig unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Ort/Datum	rechtsverbindliche Unterschrift/en
Unterzeichner/in	

Verkehrsunternehmen: _____

Bestand am: _____

Verzeichnis des Fahrzeugbestandes

aufgeführt sind sämtliche Omnibusse, die wegen ihres überwiegenden Einsatzes im Linienverkehr von der Kraftfahrzeugsteuer befreit sind

Lfd. Nr.	amtliches Kennzeichen	Hersteller	Fahrgestellnummer	Datum Erstzulassung	im Betrieb ein- gesetzt seit	Steuerbefreiung Bescheid vom	Länge (m)

[] Fortsetzung auf dem nächsten Blatt

Ort/Datum	rechtsverbindliche Unterschrift/en
Unterzeichner/in	